



# LARS KLINGBEIL

Ihr SPD-Bundestagsabgeordneter  
für den Wahlkreis Rotenburg I – Soltau-Fallingb.ostel

## Mein Jahr 2011 im Bundestag

Rechenschaftsbericht



[www.lars-klingsbeil.de](http://www.lars-klingsbeil.de)

## Liebe Bürgerinnen und Bürger

Sie halten meinen zweiten Rechenschaftsbericht als Abgeordneter des Deutschen Bundestages in der Hand. Gute Politik besteht für mich auch aus Transparenz und Nachvollziehbarkeit. Dieser Bericht soll dazu jedes Jahr einen Beitrag leisten. Auf den folgenden Seiten beschreibe ich das politische Geschehen im Wahlkreis und in Berlin im Jahr 2011 und zeige auf, was ich mir für das Jahr 2012 vorgenommen habe.

Auch in meinem zweiten Jahr im Deutschen Bundestag musste ich wieder spüren, wie schwer es ist, aus der Opposition heraus Dinge zu verändern und sich gegen die Regierung durchzusetzen. Beharrlichkeit und harte Arbeit zahlen sich jedoch aus. Ideen und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern sind oft Grundlage für meine politischen Aktivitäten. In Absprache mit den Kolleginnen und Kollegen in der Kommunal- und Landespolitik entstehen so Arbeitsaufträge, Anfragen und Pressemitteilungen.

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir eine neue

politische Kultur brauchen, in der man richtige Entscheidungen, auch wenn sie von einer anderen Partei getroffen wurden, als gute Entscheidung benennen sollte. Natürlich bietet gerade die schwarz-gelbe Bundesregierung mit ihrer Aneinanderreihung von Fehlern im vergangenen Jahr riesige Angriffsflächen für Kritik. Diese sollte jedoch nie reflexartig, sondern immer sachlich sein.

Bei meiner Politik spielen Sie eine ganz wichtige Rolle. Nur durch Ihre Ideen, Kritik und Fragen kann ich meine Arbeit verbessern. Regelmäßig veranstalte ich Bürgersprechstunden in den verschiede-

nen Gemeinden des Wahlkreises und freue mich über Ihren Besuch. Natürlich bin ich aber auch jederzeit telefonisch, per E-Mail, per Brief oder über die sozialen Netzwerke im Internet zu erreichen.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß bei der Lektüre meines zweiten Rechenschaftsberichts und freue mich auf Ihre Rückmeldung.

Ihr



Lars Klingbeil

## Meine Arbeit in der Heimat

Die Arbeit im und für den Wahlkreis steht im Fokus meiner politischen Tätigkeit. Politik bedeutet für mich vor allem kümmern. Ich möchte wissen, was die Menschen beschäftigt, wo der Schuh drückt und wo Politik Dinge verändern kann. Neben meinem Wahlkreis betreue ich für die SPD-Bundestagsfraktion noch den Nordkreis Rotenburg, sowie die Landkreise Osterholz, Stade und Verden. Trotz der großen geographischen Distanzen, ist es für mich ein Anliegen, regelmäßig vor Ort zu sein.



Das politische Jahr in Niedersachsen war geprägt durch die Kommunalwahl am 11. September 2011. Ich persönlich bin für den Stadtrat Munster und den Kreistag im Heidekreis angetreten und habe mich sehr über zwei tolle Ergebnisse gefreut. Ich bin der festen Überzeugung, dass es meiner bundespolitischen Arbeit hilft, dass ich kommunalpolitisch aktiv bin.



Der kommunalpolitische Wahlkampf hat auch dementsprechend meine all-sommerliche Tour der Ideen geprägt. Ich habe sehr gerne für die vielen guten Kandidaten der SPD Wahlkampf gemacht, Infostände unterstützt und Betriebe besucht. Die Ergebnisse haben gezeigt, dass Politik vor allem dort funktioniert, wo sich Menschen engagieren, sich Vertrauen erarbeitet haben und sich kümmern.

Ganz besonders habe ich mich daher über den Wahlsieg von Meike Moog-Steffens in Schneverdingen und Björn Gehrs in Schwarmstedt gefreut. Beide stehen für mich für diese Kategorie der kümmernden Politiker. Aber auch die Wahlerfolge in Verden (Landrat Peter Bohlmann und Bürgermeister Lutz Brockmann), Osterholz (Landrat Dr. Jörg Mielke) und Stade (Bürgermeisterin Silvia Nieber) waren positive Signale für eine starke Verankerung vor Ort.





Mit der Landtagswahl befasste sich auch die niedersächsische SPD im zweiten Halbjahr 2011. Mit Olaf Lies und Stephan Weil bewarben sich der Landesvorsitzende der SPD und der Oberbürgermeister von Hannover darum, die SPD in den Landtagswahl 2013 zu führen. In einem transparenten und partizipativen Prozess hatte jedes SPD-Mitglied die Chance, sich ein Bild von den Kandidaten zu machen und am 20. November 2011 abzustimmen. Bei guter Wahlbeteiligung entschied Stephan Weil das Rennen für sich. Für mich stand und steht jedoch die Art und Weise, wie die SPD ihren Kandidaten gekürt hat, im Vordergrund. Keine Hinterzimmer-Entscheidung, sondern ein offener und fairer Wettbewerb. Ich hoffe, dass wir noch mehr von dieser Art von Entscheidungen in der politischen Welt sehen. Dann allerdings mit der Möglichkeit der Briefwahl

Ich bin der Überzeugung, dass Politik die alten, oft schon abgetrampelten, Pfade verlassen muss. Neue Konzepte müssen ausprobiert werden, damit die Politik wieder näher an die Menschen rückt. In diesem Sinne mache ich unter dem Namen „Ein Tag im Leben“ seit dem Wahlkampf 2009 Tagespraktika bei verschiedenen Institutionen. Dieses Jahr hatte ich die große Chance, im Heide-Park Soltau mitzuarbeiten. Aber auch die Erfahrung, einen Tag im Leben eines Vollstreckungsbeamten in Schneverdingen mitzumachen, war sehr lehrreich für mich. Zudem durfte ich einen Tag auf den Polizeiwachen in Walsrode und Schwarmstedt sowie bei der Autobahnpolizei miterleben. Bei meinem Besuch im Krankenhaus Soltau erhielt ich viele spannende Einblicke und unterhielt mich mit Krankenschwestern, Ärzten und Verwaltungspersonal. Generell geht es mir bei diesen Praktika darum, hinter die Kulissen zu schauen, mit den Menschen bei der Arbeit oder in der Mittagspause ins Gespräch zu kommen und zu verstehen, an welchen Stellen sie von uns Politikern mehr erwarten.

Ein weiterer Baustein meiner Arbeit im Wahlkreis ist die Veranstaltung von Fachgesprächen und Diskussionsrunden. Zum einen möchte ich somit die Möglichkeit schaffen, dass Menschen mir ihre Meinung zu einem bestimmten Thema sagen können, zum anderen geht es mir aber auch darum, Experten in die Region zu holen. Bei ersterem denke ich für das vergangene Jahr vor allem an die Diskussions-Veranstaltung zur Präimplantationsdiagnostik (PID) in Rotenburg. Zusammen mit einer Vertreterin der Kirche und einem Arzt aus der Kinderwunschklinik Langenhagen habe ich damals Pro und Contra der verschiedenen Anträge im Bundestag diskutiert. Diese Debatte, aber vor allem die vielen Wortmeldungen aus dem Publikum, haben mich in meiner Überzeugung gestärkt, so dass ich am Ende im Bundestag der begrenzten Zulassung der PID in engen rechtlichen Grenzen zugestimmt habe. Darüber hinaus habe ich mich beson-

ders darüber gefreut, dass Franz Müntefering zum Thema Demografie nach Soltau gekommen ist und Andrea Nahles in Rotenburg über die Gesundheitsreform diskutiert hat. Auch Matthias Miersch, Peter Struck und Aydan Özoguz waren für Veranstaltungen bei mir vor Ort.



Im Oktober gab der Bundesminister der Verteidigung das neue Standortkonzept im Rahmen der Bundeswehrreform bekannt. Die Schließung der Standorte Schwanewede und die quasi Schließung in Visselhövede sind dabei die gravierendsten Einschnitte in der Region. Auch andere Standorte sind hart getroffen.

Die Entscheidungen wurden nicht transparent und nachvollziehbar dargelegt. Deswegen hat die SPD eine kleine Anfrage in den Deutschen Bundestag gebracht, um die Gründe für die einzelnen Entscheidungen zu erfahren. Bei den bevorstehenden Veränderungen gehören die Menschen und die betroffenen Kommunen in den Mittelpunkt.

Der Bundestag hat im November eine Reform des Kreislaufwirtschaftsgesetzes beschlossen und damit die Müllentsorgung neu geregelt. Uns ist es über den Bundesrat gelungen, eine massive Öffnung der Abfallentsorgung für die privaten Unternehmen zu verhindern. Die Gefahr ist groß, dass sich die Privaten die Rosinen herauspicken und die unwirtschaftlichen Gebiete dann für öffentliche Entsorger wie die Abfallwirtschaft Heidekreis übrig bleiben. Gebührenerhöhungen für die Verbraucher könnten die Folge sein.

Eine teilweise erfreuliche Nachricht gab es in Sachen Mehrgenerationenhäuser. So werden die Häuser in unserer Region weiter finanziert, wenn auch unter dem Vorbehalt einer Co-Finanzierung durch die Kommune.

Im vergangenen Jahr wurden auch erste Pläne zur Reform der Wasserstraßen und der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung durch das Verkehrsministerium bekannt. Hierbei wurde und wird auch eine Herabstufung der Aller zur Restwasserstraße diskutiert, die wirtschaftliche Folgen für unsere Region hätte. Die Gemeinden des Aller-Leine-Tals und die SPD-Bundestagsfraktion haben sich jeweils per Resolution gegen diese Entscheidung gewandt. Die vom Ministerium geplante Privatisierung der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung halte ich für falsch. Bisher ist noch keine endgültige Entscheidung gefallen. Ich hoffe, dass der Druck auf allen Ebenen dazu führt, dass die Bundesregierung einlenkt.

Ein weiteres Thema, das viele Menschen in der Region beschäftigt hat, ist das Fracking. Beim Fracking wird in die Erde gebohrt und dort Flüssigkeit eingepresst. Durch diese Technik sollen Risse in der Erdmantelschicht erzeugt und Erdgas einfacher abgebaut werden. Fracking ist jedoch sehr umstritten, zumal kaum wissenschaftliche Erkenntnisse über die Gefahren vorliegen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat daher einen Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht, der die vorläufige Aussetzung aller Fracking-Maßnahmen fordert. Grundlegend für diesen Antrag war das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern vor Ort und die vielen Zuschriften aus den Gemeinden. Auch im Jahr 2012 wird das Thema ganz oben auf der Tagesordnung stehen.

Im Frühjahr wurde die Neuregelung des Versorgungsgesetzes bekannt. Daraufhin meldeten sich viele Psychotherapeuten aus dem Wahlkreis mit ihrer Kritik an dem Gesetzesvorhaben bei mir. Bei einem Treffen in Visselhövede habe ich mir die Anliegen angehört und Anregungen mit nach Berlin genommen. Das Gesetz wurde am 1. Dezember mit den Stimmen der Regierungsfractionen verabschiedet. Auch wenn damit keine Verbesserung der psychotherapeutischen Versorgung erreicht wird, hat der Einsatz der Psychotherapeuten einer breiten Öffentlichkeit die Probleme der Versorgung psychisch kranker Menschen nahe gebracht. Auch hier gilt es am Ball zu bleiben.





Über zwei Ereignisse habe ich mich letztes Jahr besonders gefreut. Zum einen hatte ich Schülerinnen und Schüler aus Hodenhagen zu Besuch in Berlin. Als sie einige Wochen nach ihrer Berlinfahrt aufgrund fehlender Noten eines Lehrers ihre Zeugnisse nicht bekamen, wandten sie sich per E-Mail und über Facebook an mich und baten um Unterstützung. Auch wenn ich mich gerne eingesetzt habe, ist es vor allem dem Engagement der Schülerinnen und Schülern zu verdanken, dass das Problem so schnell gelöst wurde. Mir hat es gezeigt, dass junge Menschen sich einbringen, wenn sie sehen, dass sie etwas verändern können. Zum anderen habe ich mich sehr über die frohe Botschaft aus Rotenburg gefreut, dass die beiden Roma Frauen, welche anderthalb Jahre im Kirchenasyl der Rotenburger Auferstehungsgemeinde lebten, in Deutschland bleiben dürfen. Dies ist ein Erfolg aller Bürgerinnen und Bürger, die sich so engagiert vor Ort für die beiden Frauen eingesetzt haben.

Oft sind es auch die kleinen Anfragen, bei denen ich zusammen mit meinem Team helfen konnte. So erreichten uns zum Beispiel Anfragen zur Anerkennung von ausländischen Universitäts-Abschlüssen, Fragen zum BAföG, zum Austauschprogramm des Bundestages usw. Ich freue mich über jedes Anliegen und versuche gern zu Helfen.





## Meine Arbeit in Berlin:

### Verteidigungsausschuss

Es war ein intensives Jahr im Verteidigungsausschuss. Am Anfang stand der Wechsel im Ministeramt, dann folgte die Bundeswehrreform, zwischendurch wurde der letzte Wehrpflichtige eingezogen und am Ende des Jahres haben wir dann noch zwei gesetzliche Verbesserungen für die Soldatinnen, Soldaten und Zivilbeschäftigten der Bundeswehr beschlossen.

Nach dem Abgang von Minister zu Guttenberg, folgte Thomas de Maizière im Amt des Verteidigungsministers. Die verschiedenen Aussagen darüber, ob nun ein gut geführtes Haus übergeben wurde oder nicht, wurden der schwierigen Lage der Bundeswehr nicht gerecht. Die Zeit, die sich der neue Minister zur Überarbeitung der Reformpläne erbat, führte dazu, dass die anstehenden Standortentscheidungen seit dem Frühjahr viele Debatten im verteidigungspolitischen Bereich überlagerten. In diesem Prozess hätte ich mir mehr Transparenz erhofft. Auch die Art und Weise, wie die Ergebnisse verkündet wurden, war inakzeptabel: Erst die ausgewählte Presse, dann Regierungsabgeordnete und erst zuletzt der Verteidigungsausschuss. Hauptaufgabe für meine Kollegen aus der SPD-Fraktion und mich wird im Jahr 2012 sein, die strukturellen Veränderungen an den Standorten zu ge-

stalten und zu unterstützen. Die Menschen und die Kommunen gehören dabei in den Mittelpunkt.

Auch im Bereich der Verteidigungspolitik habe ich von den Informationen der Menschen vor Ort profitiert. Der im Rahmen der Reform geplante Abbau des Zivilpersonals bei der Bundeswehr fällt drastisch aus. Ich halte das für sehr problematisch. Durch einen so extremen Abbau wird die Regenerationsfähigkeit der Bundeswehr auf's Spiel gesetzt. Daher werde ich zusammen mit den SPD-Abgeordneten im Verteidigungsausschuss weiterhin auf die Problematik aufmerksam machen und mich um die Anliegen der zivilen Mitarbeiter kümmern.

Am 1. Juli 2011 wurde die Wehrpflicht endgültig ausgesetzt. Ein Ziel, für das ich politisch immer gekämpft habe. Die Art und Weise, wie die Bun-

desregierung diese Aussetzung durchgezogen hat, halte ich jedoch für höchst problematisch. Daher habe ich ihr im Bundestag auch nicht zugestimmt. Durch das überhastete Aussetzen hat nicht nur die Bundeswehr gravierende Nachwuchsprobleme, sondern auch alle Institutionen, die bisher auf Zivildienstleistende angewiesen waren. Man hätte sich hier mehr Zeit für

die Planung und Umsetzung nehmen sollen und in diesem Prozess vor allem das Freiwillige Soziale Jahr stärken und nicht einen neuen Bundesfreiwilligendienst einführen sollen. Dieser neue Dienst wird seinen Ansprüchen nicht gerecht und die zuständigen Behörden kommen mit der Genehmigung von neuen Stellen nicht hinterher.

Zum Ende des Jahres haben wir im Deutschen Bundestag zwei Entscheidungen getroffen, über die ich mich sehr freue, auch wenn sie eigentlich selbstverständlich sein sollten. Die Verbesserung der Leistungen für im Einsatz verletzte Soldatinnen und Soldaten und für die Angehörigen von Gefallenen wurde fraktionsübergreifend im Ausschuss vorangetrieben und als Einsatzversorgungsverbesserungsgesetz beschlossen. Zudem wurde das Weihnachtsgeld für die Soldatinnen und Soldaten nach einer fünfjährigen drastischen Kürzung wieder auf das alte Niveau angehoben. Ich bin mir sicher, dass die Protestaktion an der sich 120.000 Soldatinnen und Soldaten beteiligt haben, bei dem einen oder anderen Abgeordneten für ein Umdenken gesorgt hat.

Anfang Dezember bin ich nach Afghanistan geflogen. Dort sind zurzeit viele Soldatinnen und Soldaten aus meinem Heimatort Munster und aus Rotenburg im Einsatz. Die Zeit dort war für mich sehr beeindruckend. In vielen Gesprächen habe ich festgestellt, dass die Lage immer noch nicht so ist, wie wir sie gerne hätten, aber dass es voran geht. Es ist für mich wichtig, dass wir dem afghanischen Volk zeigen, dass wir verlässliche Partner sind und es auch nach unserem Abzug im Jahr 2014 bleiben werden. Bis dahin ist es unsere Pflicht als Abgeordnete dafür zu sorgen, dass unsere Soldatinnen und Soldaten bestmöglich ausgebildet, ausgerüstet und vorbereitet nach Afghanistan gehen. Eine ganz konkrete Verbesserung, an der ich seit dem Herbst 2011 arbeite, ist die Verbesserung der Kommunikation aus dem Einsatz in die Heimat. Auch hier bin ich von Soldatinnen und Soldaten auf die Missstände aufmerksam gemacht worden. Über einen Internetaufruf habe ich die Probleme und Lösungsvorschläge gesammelt und berate nun in einer fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppe, wie wir die Betreuungskommunikation verbessern können.



## Meine Rolle in Berlin:

### Netzpolitischer Sprecher



Spätestens mit dem Erfolg der Piraten bei der Wahl in Berlin ist das Thema Netzpolitik im Deutschen Bundestag angekommen. Ich habe gemerkt, wie das Thema in den vergangenen Monaten immer weiter aus der Nische in die Mitte der politischen Diskussion gerückt ist. Kollegen aus allen Teilen Deutschlands haben mich in ihre Wahlkreise eingeladen, um mit mir über die Netzpolitik und die Digitale Gesellschaft zu diskutieren. Als netzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion habe ich insbesondere in der Enquete-Kommission „Internet und Digitale Gesellschaft“ und dem Unterausschuss „Neue Medien“ eine verantwortliche Position inne.



Mein Selbstverständnis ist dabei, dass die Digitalisierung unsere Gesellschaft so stark verändert wie es die Industrialisierung getan hat. Dieser Umbruch braucht sozialdemokratische Antworten. Netzpolitik ist dabei kein rein technisches Thema. Der Arabische Frühling und auch die aktuellen Entwicklungen zeigen, wie Freiheitsbewegungen durch ein freies und offenes Netz befördert werden. Wir sehen, dass sich durch die Digitalisierung auch unser Arbeitsleben komplett ändert. Es entstehen neue Jobs in der Digitalen Wirtschaft, die es zu fördern gilt. Wir erleben durch die Digitalisierung eine Abkehr von reinen Arbeitszeitmodellen hin zu mehr Projektorientierung und Leistungsvereinbarungen. All dies fordert gleichzeitig neue sozialstaatliche Antworten zur Absicherung der Beschäftigten. Auch beim Thema Bildung bringen das Internet und die Digitalisierung unzählige neue Chancen für die Wissensvermittlung, die endlich offensiv angegangen werden müssen. Schon heute entscheidet der kompetente Zugang zu Neuen Medien über Bildungs- und Berufschancen. Auf einer ersten Veranstaltung habe ich diesen Bereich im Wahlkreis thematisiert.

Mir ist es wichtig, netzpolitisch die sozialdemokratischen Grundwerte in den Mittelpunkt zu rücken. Mir geht es um Freiheit, die wir zum Beispiel durch die gesetzliche Absicherung der Netzneutralität sichern wollen, um die Diskriminierung von Menschen und Diensten zu verhindern. Mir geht es auch um Teilhabe. Deshalb habe ich mit meinen Kollegen einen Gesetzentwurf für ein Grundrecht auf einen Breitband-Anschluss in den Bundestag eingebracht. Schnelles Internet gehört heute zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir merken doch auch bei uns in der Region, wie schwierig es wird, wenn der Breitbandausbau für die Unternehmen in dünner besiedelten Gebieten nicht mehr wirtschaftlich ist. Hier muss der Staat Verantwortung übernehmen, damit nicht ganze Regionen vom Fortschritt abgekoppelt werden. Es geht auch um mehr Demokratie. Deshalb werden wir im nächsten Jahr Vorschläge machen, wie Politik und Regierung Daten, Informationen und Entscheidungen mit Hilfe des Internets transparenter und partizipativer gestalten können. Dafür werden wir das Informationsfreiheitsgesetz fortentwickeln und eine Open-Data-Strategie auflegen.

Das Thema Netzpolitik wird in den kommenden Jahren immer wichtiger werden. Ich werbe da-

für, dass wir dieses Thema eben nicht als Einzelthema begreifen, sondern gesellschaftspolitisch diskutieren. Die Digitalisierung strahlt, wie beschrieben, in die unterschiedlichsten Politikfelder. Das Spannende an der Netzpolitik ist, dass wir zum Beispiel in der Enquete-Kommission auch ein Stück Pionierarbeit leisten. Der Bundestag hat das Thema zu lange verschlafen. Jetzt sind alle Parteien dabei aufzuholen und eigene Konzepte zu entwickeln. Ich bin froh, dass ich dazu meinen Beitrag leisten kann.

Frank-Walter Steinmeier hat in der Fraktion zudem Projektgruppen gebildet, die in einem zweijährigen Prozess Zukunftsthemen bearbeiten und eine Position dazu entwickeln. Die Themen reichen von der Integration bis zu einem neuen Infrastrukturkonsens. Ich habe die Aufgabe bekommen gemeinsam mit Siegmund Ehrmann einen Kreativpakt zu entwickeln, der die riesigen Potenziale im Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft aufzeigen und nutzen soll. Gemeinsam mit den unterschiedlichen Akteuren aus Kunst, Musik, aber auch aus der Games- oder Internetwirtschaft arbeiten wir dabei momentan intensiv an einem Konzept für diesen Kreativpakt.

## Transparente Politik

Ich bin der festen Überzeugung, dass fehlende Transparenz ein Grund für die zunehmende Politikverdrossenheit in der Gesellschaft ist. Ich habe mich daher entschlossen, meine politische Arbeit auf meiner Homepage zu dokumentieren. Dort finden Sie unter anderem meine gesamten Einkünfte, meinen Steuerbescheid, aber auch eine Aufstellung über die Gespräche, welche ich mit Interessenvertretern führe. Darüber hinaus versuche ich, vor Ort immer ansprechbar zu sein. Regelmäßig kommuniziere ich über facebook und twitter direkt mit den Menschen. Nach jeder Sitzungswoche versende ich einen Newsletter, um über aktuelle Entwicklungen zu informieren. Entscheidend ist hierbei aber für mich nicht das reine Informieren, sondern die Rückmeldungen, die ich von Ihnen dazu erhalte.

Bei den namentlichen Abstimmungen im Deutschen Bundestag wird festgehalten, wie die einzelnen Abgeordneten abgestimmt haben. Deswegen habe ich die relevantesten Abstimmungen aus dem Jahr 2011 nochmal zusammengefasst:



Verlängerung Afghanistaneinsatz (ISAF): Ja  
Hartz-IV: Ja  
Soziale Fortschrittsklausel in EU-Vertragswerk aufnehmen: Ja  
AWACS: Ja  
Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes und des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes: Ja  
Gerechte Angleichung der Renten in Ostdeutschland: Ja  
Änderung des Atomgesetzes: Ja  
Energiewende zukunftsfähig gestalten: Ja  
Präimplantationsdiagnostik: Ja  
CO2-Speicher-Verbotsgesetz: Nein  
UNAMID: Ja  
Friedensmission im Südsudan: Ja  
Keine Rüstungsgüter in Spannungsgebiete: Ja  
Keine Genehmigung zur Lieferung von Kriegswaffen an Saudi-Arabien: Ja  
Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus: Ja  
UNMISS: Ja  
Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts: Ja  
Active Endeavour: Nein  
Atalanta: Ja  
Althea: Ja

## Mein zweites Jahr im Bundestag in Zahlen



ca. 11.500	Gefahrene Kilometer mit der Bahn	968 (Stand 14. Dezember)	Tweets auf twitter
ca. 27.200	eingegangene E-Mails	17	eingebraachte Anträge und Gesetzesentwürfe
58	schriftliche Anfragen an die Bundesregierung	11	Praktikantinnen und Praktikanten
480	beantwortete Bürgeranfragen	ca. 1.200	Besucher im Bundestag
36	Sitzungen des Verteidigungsausschusses	ca. 32.500	gefahrenere PKW-Kilometer
3.185 Sekunden	Redezeit im Bundestag	42	namentliche Abstimmungen

## Tour der Ideen 2011

Auch im Sommer 2011 bin ich wieder auf eine Tour der Ideen gegangen. Im Vordergrund dieser Tour stehen dabei der Dialog mit den Menschen und die Ideen der Bürgerinnen und Bürger. Wir haben bei uns viele, die sich engagieren und für eine bessere Gesellschaft einbringen. Oft gibt es im Alltag aber Hürden oder Herausforderungen, die vor Ort nicht gelöst werden können. Es ist die Aufgabe der Politik zu unterstützen und zu helfen. Damit meine Besuche nicht an den Problemen der Menschen vorbei organisiert werden, habe ich daher dazu aufgerufen, mir Ideen zu zusenden. Per Anruf, E-Mail und facebook, aber auch im direkten Gespräch auf der Straße, kamen dabei viele Vorschläge zusammen. Allein die Tatsache, dass nicht für alle Termine Zeit war und einige im Herbst nachgeholt wurden, zeigt, wie viele Menschen es bei uns gibt, die sich einbringen wollen. Darüber habe ich mich sehr gefreut.



Berichte von allen Besuchen würden hier den Rahmen sprengen. Ich möchte Sie trotzdem an dem einen oder anderen Besuch teilhaben lassen und habe daher versucht, eine repräsentative Auswahl zusammen zu tragen.

Ich freue mich immer wieder, wenn ich im Wahlkreis inno-

vative Unternehmen besuchen kann. Ein Beispiel dafür ist die Aronia Plantage im Süden des Heidekreises. Der Geschäftsführer Lars Grossmann zeigte mir seine Anlage und erzählte von der erfolgreichen Geschichte seines Unternehmens. Die Aronia, oder auch schwarze Apfelbeere genannt, stammt ursprünglich aus dem Osten

Amerikas und wird zur Herstellung von Saft, Marmelade oder Tee genutzt. Die Plantage entstand im Frühjahr 2009 und ist die erste in Niedersachsen. Genau diesen Gründergeist brauchen wir in der Region. Menschen, die innovative Projekte anpacken und mit ihrem persönlichen Einsatz Arbeitsplätze schaffen.

Ein weiterer Termin führte mich zum Verein „einzigartig - eigenartig“ in Walsrode. „einzigartig - eigenartig“ ist ein Zusammenschluss von Eltern, Betroffenen, Pädagogen

und Interessierten, denen die Förderung und Integration autistischer Menschen am Herzen

liegt. Das Engagement und die Motivation, mit denen sich die Mitglieder des Vereins um autistische Menschen und deren Angehörige kümmern, hat mich sehr beeindruckt. Ich konnte im Anschluss den Kontakt zu den Fachpolitikern im Landtag herstellen, welche für weitere Gespräche bereit standen.

Die Tour der Ideen 2011 führte mich auch in die drei großen Freizeitparks im Heidekreis. An verschiedenen Ta-



gen habe ich den Serengeti-Park Hodenhagen, den Weltvogelpark Walsrode und den Heide-Park Soltau besucht. Die Parks haben eine große wirtschaftliche Bedeutung für

unsere Region. Die Politik schafft es jedoch nicht immer, die Parks so zu unterstützen, wie es notwendig wäre.

Daher möchte ich im Jahr 2012 eine gemeinsame Konferenz mit Politik und Parkbetreibern veranstalten, um mögliche Formen der Zusammenarbeit zu diskutieren.

Bei verschiedenen Terminen bekam ich Unterstützung aus der SPD-Bundestagsfraktion. So besuchte ich zusammen mit Wilhelm



Priesmeier, dem agrarpolitischen Sprecher, das Grüne Zentrum in Bad Fallingbostal und das Kompetenzzentrum Ökolandbau Niedersachsen in Visselhövede. Sönke Rix, der zuständige Berichterstatter für den Bereich Bundesfreiwilligendienst/ Zivildienst, kam ebenfalls in den Wahlkreis. Zusammen luden wir Vertreter von Sozialverbänden, aus dem Pflegebereich und ehemalige Träger von Zivildienststellen nach Walsrode zu einem Fachgespräch über die Chancen und

Herausforderungen des neuen Bundesfreiwilligendienstes ein. Aydan Özoguz und Hubertus Heil kamen nach Verden, um mit mir vor Ort Integrationsprojekte bzw. Unternehmen zu besuchen.



## Schwerpunkte 2012

Das politische Jahr 2012 steht vor der Tür und es ist jetzt schon abzusehen, dass sich einige Themen wieder ganz oben auf der Agenda einordnen werden.

Das Thema Verkehr wird mich auch im neuen Jahr sehr beschäftigen. Auf allen Ebenen, Schiene, Straße und Wasser, werden Entscheidungen getroffen oder vorbereitet, die unsere Region betreffen.

Beim Schienenverkehr werde ich weiter in Berlin und Hannover für die Ablehnung der Y-Trasse und eine schnelle Anbindung der Region an die Metropolen werben. Berechnungen zeigen immer wieder, dass es mehr Sinn machen würde, in die bestehenden Bahnstrecken zu investieren. Bei diesem Thema habe ich in der Vergangenheit sehr vom Engagement der Bürgerinnen und Bürger profitiert. Nur wenn wir zusammen und möglichst überparteilich agie-

ren, haben wir eine Chance die Y-Trasse zu verhindern. Zum Thema Schiene gehören für mich aber auch die Verkehrsbünde Hamburg, Hannover und Bremen. Hier wird es endlich Zeit für flächendeckende, pendlerfreundliche Regelungen. Zusammen mit den Landtagsabgeordneten Dieter Möhrmann und Ralf Borngräber werde ich hier weiter am Ball bleiben.

Im Bereich des Straßenbaus stehen vor allem die Raststätte Allertal und der dortige Autobahnanschluss auf der Agenda. Aber auch die Anschlussstelle Heideregion, der fehlende Lärmschutz an der A7 sowie die nötigen Nachbesserungen bei vielen Land-

straßen werden wichtige verkehrspolitische Punkte sein.

Bei dem Thema „Wasserstraße“ will ich Druck machen, dass das Verkehrsministerium richtige Entscheidungen trifft. Die Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung und die Bewertung der Wasserstraßen müssen sich nach den Bedürfnissen vor Ort richten. Aber auch hier gilt, nur wenn wir geschlossen agieren, haben wir die Chance, dass Entscheidungen in unserem Interesse getroffen werden.

Auch die Mehrgenerationenhäuser werden weiterhin ein Thema bleiben. Die Bundesregierung muss hier die Finanzierung auch über das Jahr 2012 hinaus zu sichern.

Die Herausforderungen der Konversion von Bundeswehrstandorten und der Abbau von Bundeswehr und britischer Armee werden viele Orte in unserer Region betreffen. Zum einen werden Bundeswehrstandort geschlossen oder reduziert und zum anderen rückt der Abzug der britischen Truppen immer näher. Bund und Land sind hier gefordert, die betroffenen Kommunen zu unterstützen und die Veränderungen positiv zu begleiten. Zudem werde ich mich dafür einsetzen, dass in der Reform die Soldatinnen, Soldaten und Zivilbeschäftigte fair behandelt werden.

Auch Themen wie die Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente und das Bildungs- und Teilhabepaket gilt es wirklich kritisch zu begleiten.

Auch im Jahr 2012 bin ich auf Ihre Unterstützung angewiesen. Kommen Sie also gerne jederzeit mit Ihren Ideen, Hinweisen oder Anmerkungen auf mich zu.

## Lassen Sie uns in Kontakt bleiben

Vielen Dank für das Lesen meines Rechenschaftsbericht 2011. Mehr als zwei Jahre Bundestag sind schnell vorbei gegangen. Trotz aller eingefahrenen Strukturen habe ich nach wie vor die Hoffnung und Überzeugung, dass Politik sich ändern und wieder näher an die Menschen rücken kann. Die Herausforderungen sind vielfältig, auch bei uns in der Region. Auch aus der Opposition heraus lassen sich Dinge verändern. Hartnäckigkeit und engagierte Arbeit zahlen sich aus.

Unsere Demokratie lebt davon, dass sich Menschen einbringen. Wenn Sie also Ideen, Vorschläge oder einfach nur Anmerkungen zu kommunal-, landes- oder bundespolitischen Themen haben, dann melden Sie sich gerne bei mir. Sprechen Sie mich auf Veranstaltungen an, schreiben Sie mir eine E-Mail, schauen Sie in meinen Büros in Walsrode und Rotenburg vorbei oder kontaktieren Sie mich bei facebook. Ich freue mich darauf.

Gerne möchte ich hier auf meinen Newsletter hinweisen. Nach jeder Sitzungswoche im Bundestag informiere ich über die neuesten politischen Entwicklungen und über anstehende Veranstaltungen. Sie können sich für diesen Newsletter auf meiner Homepage anmelden:

<http://www.lars-klingsbeil.de/aktuell/newsletter/>

Gerne können Sie aber auch in einem meiner Büros Bescheid geben oder unter [lars.klingsbeil@bundestag.de](mailto:lars.klingsbeil@bundestag.de).

Für das Jahr 2012 wünsche ich mir viele gute Diskussionen, interessante Gespräche und neue Ideen.